

Wen soll ich wählen?



In der Blogosphäre sind PI und andere islamkritische Blogs eine der großen Erfolgsgeschichten. So erfolgreich, dass auch die Mainstreammedien Notiz davon nehmen müssen. Auf die deutsche Parteienlandschaft ist diese Erfolgsgeschichte bisher fast ohne Auswirkung geblieben. Keine der in Parlamenten vertretenen Parteien hat die Agenda der islamkritischen Bewegung aufgegriffen. Und keine der Parteien, die dieser Agenda offen gegenüberstehen, hat derzeit eine Chance, in ein Parlament einzuziehen. Woran liegt das?

(Von Sertorius)

Es liegt vor allem daran, dass die potenziellen Wähler islamkritischer oder auch Euro-kritischer Parteien letztlich unpolitisch denken und handeln. Wählerstimmen sind im Parteienstaat die Währung, die den Markt der Politik bewegt. Viele Wählerstimmen bringen Mandate, Einfluss, Macht, Medienpräsenz und vor allem Geld, Geld und nochmals Geld. Das sind die Voraussetzungen, um politisch etwas zu bewegen. Man sage nicht, durch Wahlen könne man nichts verändern! Die Linkspartei hat mit ihrer bundesweiten Ausbreitung das Gegenteil bewiesen. Zwar sind Hartz4 und Rente mit 67 (noch) nicht zurückgenommen. Aber die SPD würde derartige Reformen nicht noch einmal wagen. Ohne die Linkspartei wäre der Mindestlohn nicht auf die Agenda (fast) aller parlamentarischen Parteien gelangt. Das gesamte Parteienspektrum hat sich durch die Erfolge der SED-Nachfolger nach links verschoben.

Im liberal-konservativen Bereich (um ihn mal so zu nennen) gibt es nichts Vergleichbares. Die Wähler, die CDU und FDP abhanden gekommen sind, haben sich resigniert ins Lager der Nichtwähler zurückgezogen oder zersplittern sich unter einer Vielzahl von Kleinparteien. Wer die Währung des Parteienstaats nicht zu gebrauchen weiß, kann nichts verändern. In der jetzigen Situation kann es nur darum gehen, die politische Agenda neu zu definieren. Das bedeutet, taktisch zu wählen. Der treue Stammwähler lässt sich von seiner Partei für Ziele instrumentalisieren, die oft nicht die seinen sind. Der taktische Wechselwähler instrumentalisiert Parteien, um seine Agenda in der Politik zu verankern.

Was heißt das konkret? In der heutigen Situation hat der Wähler die Optionen

- Nicht zu wählen
- Eine etablierte Partei als kleinstes Übel zu wählen

- Eine Protestpartei zu wählen
- Eine Kleinpartei zu wählen, die seine Agenda zumindest teilweise vertritt.

Nichtwählen

Nichtwählen mag menschlich verständlich sein, ist aber völlig nutzlos. Wer nicht mehr konsumiert, weil ihm das Angebot auf dem Markt nicht gefällt, ist längst verhungert, bevor sich der Markt seinem Bedarf anpasst. Der Nichtwähler sendet überhaupt kein Signal an die Parteien. Selbst wenn sie an seinen Beweggründen interessiert wären, können sie nichts aus dem Wahlverhalten ablesen. Die Zahl der zu verteilenden Mandate hängt nicht von der Wahlbeteiligung ab. Lediglich die staatliche Wahlkampfkostenerstattung fällt etwas geringer aus, weil sie von der Stimmzahl abhängt. Die Parteien sind aber bisher schon sehr findig gewesen, den Staatshaushalt für ihre Zwecke anzuzapfen. Sie würden dafür neue Wege finden, auch wenn die Wahlbeteiligung ins Bodenlose fällt. Hinzu kommt, dass die sinkende Wahlbeteiligung bisher keine Partei verschont hat, also die Parteienlandschaft nicht verändert.

Ich kenne Menschen, die ernsthaft glauben, durch Wahlabstinz auf lange Sicht eine Veränderung zu erzwingen. Wenn das politische System nur noch von einer Minderheit getragen werde, müsse sich doch irgendwann etwas bewegen! Doch es gibt in unserer Rechtsordnung genügend Beispiele, die dagegen sprechen. Weder die Selbstverwaltung in der Sozialversicherung, noch die ASTAs an den Hochschulen noch die Industrie- und Handelskammern stört es auch nur im geringsten, dass ihre Gremien mit erschreckend niedriger Beteiligung der Wahlberechtigten zustande gekommen sind.

Das kleinste Übel wählen

Hier sendet der Wähler ein Signal, aber es kommt bei der Partei falsch an. Wenn die Probleme, die den Wähler bewegen, in der Partei nicht mehr offen diskutiert werden, wenn das Führungspersonal kritische Meinungen nicht mehr widerspiegelt, Abweichler zum Schweigen gebracht werden, dann ist es für eine Erneuerung meistens zu spät. Würde beispielsweise Norbert Röttgen in NRW einen Wahlerfolg erzielen, so würde er das als Bestätigung für seinen Kurs der „Modernisierung“ werten – oder als Beweis dafür, dass die treuen Stammwähler auch durch noch so viele Schläge ins Gesicht nicht zu beirren sind.

Eine Protestpartei wählen

Das heißt in der derzeitigen Situation vor allem: die Piraten wählen. Wer eine Partei wählt, die gerade als Protestpartei zum Schrecken der Etablierten wird, sendet ein starkes Signal. Hier gehen Mandate verloren, und das schmerzt. Leider ist das Signal ebenso undeutlich, wie es stark ist. Solange nicht klar ist, wofür eine Protestpartei eigentlich steht, erhalten die etablierten Parteien nur eine sehr diffuse Rückmeldung. Der Protestwähler kann allenfalls hoffen, dass sich die neue Partei im Zuge eines inneren Klärungsprozesses seiner Anliegen annimmt. Ob das bei den Piraten der Fall sein wird, ist noch nicht abzusehen. Aus meiner Sicht sprechen zwei Erwägungen dagegen: die Partei wird durch den Druck von Medien und

etablierten Parteien eher nach Links gedrängt, zur Distanzierung von politisch inkorrekten Themen und Personen. Zum anderen sind Personen aus dem linken Spektrum erfahrungsgemäß fleißiger und besser erfahren im Infiltrieren und Umpolen von politischen Organisationen. Die Geschichte der Grünen ist hier lehrreich.

Eine Kleinpartei wählen

Hier ist das Angebot fast unüberschaubar groß: AUF, BIW, Freie Wähler, Die Freiheit, Konservative, Partei der Vernunft, PBC, Pro-Parteien, Republikaner, ... Alle Gruppierungen, die ich vergessen habe, bitte ich um Verzeihung. Immerhin stehen diese Parteien der Agenda der PI-Gemeinde näher als die Etablierten. Wer sie wählt, sendet ein klares Signal. Doch wenn seine Stimme im 0,x-Prozent-Ghetto landet, ist das Signal so schwach, dass es nicht gehört wird. Der taktisch kluge Wähler wählt daher diejenige Kleinpartei, die die besten Chancen hat, die Aufmerksamkeitsschwellen zu überwinden.

Die Wahlentscheidung für eine Kleinpartei setzt voraus, dass ich die Erfolgsfaktoren der Parteienkonkurrenz verstanden habe. Bei vielen Wählern ist das nicht der Fall. Sie entscheiden nach dem Programm („Punkt Nr. 73 gefällt mir gar nicht“), nach den Führungspersonen („Hat Müller nicht mal mit der NPD sympathisiert?“) oder nach irgendwelchen Verlautbarungen („Da hat sich neulich einer frauenfeindlich geäußert!“). In der derzeitigen Lage sind diese Kriterien völlig irrelevant. Keine der genannten Kleinparteien hat eine Chance, kurzfristig in Regierungsverantwortung zu kommen oder gar die Macht zu übernehmen. Niemand muss befürchten, morgen Eva Hermann, Jan Timke, Markus Beisicht, Rolf Schlierer oder René Stadtkewitz als Bundeskanzler oder Minister auf der Mattscheibe zu sehen. Als die Grünen in den 80er-Jahren auftraten, waren sie als unmögliche Chaotentruppe verschrien. Wer sie wählte, bekannte sich oft nur hinter vorgehaltener Hand dazu und fügt hinzu, dass sie ja sowieso keine Chance hätten, an die Regierung zu kommen. Genau so begann der Aufstieg der Grünen.

Erfolgskriterien

Wenn es einer der Kleinparteien gelingt, Aufmerksamkeitsschwellen zu überwinden, kann sich die politische Agenda verändern. Wie diese Partei dann in drei Jahren personell und programmatisch aussieht, ist völlig offen. Mit dem Zustrom neuer Mitglieder und dem Übertritt von Mandatsträgern der Etablierten ist alles möglich. Vorausgesetzt, man hat einmal bestimmte Schwellenwerte überwunden:

- Die Fünf-Prozent-Hürde (bei Zweitstimmen! – gilt übrigens nicht bei Kommunalwahlen und – seit neuestem – auch nicht bei Europawahlen). Wer im Parlament vertreten ist, hat Einfluss, Propagandamöglichkeiten, Medienaufmerksamkeit und vor allem Geld.
- Ein Stimmenanteil von zwei bis drei Prozent (der Zweitstimmen!): keine rechtliche Hürde, aber faktisch von enormer Bedeutung. Wer in einem Flächenland oder bei Bundestagswahlen so weit kommt, hat sich von der Meute der „Kleinen“ abgesetzt und steht bei der nächsten Wahl weiter oben auf dem Wahlzettel. Für die Piraten reichten 2 Prozent bei der letzten

Bundestagswahl, um von den Medien stärker beachtet zu werden. Für die Republikaner begann mit 3 Prozent bei der bayerischen Landtagswahl 1986 ihre zehnjährige Erfolgsgeschichte.

- Ein Stimmenanteil von 1 Prozent der Zweitstimmen (Landtagswahlen) bzw. 0,5 Prozent (Bundestagswahlen): hier setzt die staatliche Parteienfinanzierung ein, ohne die es Kleinparteien noch schwerer haben. Wer diese Werte nicht erreicht, sollte besser gar nicht mehr zu Wahlen antreten.

Wer wird Erfolg haben?

Wie erkenne ich die Kleinpartei, die das Zeug hat, diese Schwellen zu überwinden? Der erste Blick gilt den bisherigen Wahlergebnissen. Je älter eine Partei ist, und je weniger sie bisher in die Nähe dieser Schwellen kam, desto größer ist die Wahrscheinlichkeit, dass sie auch künftig erfolglos sein wird. Erfolglose Parteien verlieren gute Leute, und die Restmannschaft igelt sich oft in einer geistigen Wagenburg ein und hält starrsinnig an dem Kurs fest, der nur Niederlagen brachte.

Erfolgreiche Parteien richten sich auf Wahlteilnahmen ein, sie nehmen die Zulassungshürden für Wahlen (z.B. Unterstützungsunterschriften) schnell, sie sind vor Wahlen in der Öffentlichkeit präsent und gehen auf ihre Wähler zu. Allgemeiner gesprochen, wird die Kleinpartei Erfolg haben, die

- sich mit dem gesellschaftlichen Umfeld vernetzt und offen für neue Mitglieder und Kooperationen mit Gleichgesinnten ist und
- die professionelle und engagierte Wahlkämpfe und Öffentlichkeitsarbeit macht.

Vernetzung

Keine Partei kann ohne ein gesellschaftliches Vorfeld auskommen. Die islamkritische Bewegung oder die Initiativen gegen Euro-Rettungsschirme haben zwar (noch) nicht die Durchschlagskraft der ehemaligen Friedensbewegung oder der Anti-Atom-Kampagnen. Aber sie sind dennoch der Nährboden, auf dem Parteien wachsen können, wenn sie es denn wollen. Erfolgreiche Parteien sehen sich als Teil einer gesellschaftlichen Strömung. Sie versuchen nicht, außerparlamentarische Gruppen zu bevormunden oder zu dominieren, sondern nutzen sie als Verstärker und Rekrutierungsreservoir. Wer sich von allem und jedem distanziert (zum Beispiel von PI), bleibt meistens in der Nische stecken. Die Grünen sind aus einer Vielzahl von Kleinparteien mit unterschiedlichen Namen hervorgegangen. Aber sie haben sich immer als Teil einer Bewegung verstanden und waren letztlich bereit, zu kooperieren und Gemeinsamkeiten voranzustellen.

Professionalität und Engagement

Professionalität ist bei Kleinparteien oft sehr schwach ausgeprägt. Umso wichtiger ist Engagement. Das heißt vor allem: an die Öffentlichkeit zu gehen. Programmdiskussionen in Hinterzimmern bringen nichts. Wessen Wahlplakate nehme ich wahr? Wer ist mit Infoständen vertreten? Wessen Flyer landen in meinem Briefkasten? Wer nutzt das Internet und aktualisiert seine

Seite täglich? Wer kann öffentliche Veranstaltungen auch gegen Widerstand durchsetzen? Wer kann die „Schweigespisale“ der Medien durchbrechen? Das sind die Fragen, die sich ein taktischer Wechselwähler stellen muss. Eine Partei, die für politisch wenig Interessierte nicht wahrnehmbar ist, wird auch am Wahlabend untergehen. Viele Kleinparteien beklagen sich über den „Boycott“ durch die Mainstreammedien. Die wenigsten aber haben eine Strategie, dem zu begegnen.

Wer den Überlegungen dieses Beitrages folgt, kann seine „Münze“, die Wählerstimme, effektiv ausgeben. Er kann auch als bloßer „Konsument“ den Markt der Politik vor sich hertreiben. Welche konkrete Partei zu wählen ist, wird der taktische Wähler vor jeder Wahl neu überprüfen. Es ist völlig in Ordnung, in der Gemeinde die Freien Wähler, bei der Landtagswahl die Bürger in Wut und bei der Europawahl die Republikaner zu wählen, wenn dies jeweils die erfolgversprechendsten Bewerber sind. Wer die hier genannten Kriterien nüchtern anwendet, dem fällt die Wahlentscheidung gar nicht so schwer. Und wenn mehr Parteien diese Kriterien beherzigen würden, wäre der Wahlzettel wohl etwas kürzer.

[Bürger können sich Klage gegen ESM anschließen](#)



Die Euro-Rettungsschirmpolitik der Bundesregierung und mit ihr der sog. „Europäische Stabilitätsmechanismus (ESM)“ gefährden in existentieller Weise das Haushaltsrecht des Bundestages. Über deutsche Steuergelder sollen künftig andere, nämlich Brüsseler EU-Bürokraten, entscheiden. Deshalb werden der renommierte Staatsrechtler Christoph Degenhart (Foto r.) und die umstrittene ehemalige SPD-Bundesjustizministerin Herta Däubler-Gmelin (l.) Verfassungsbeschwerde gegen den ESM erheben ([PI berichtete bereits](#)). Das Besondere dabei: Jeder Bürger kann sich [hier](#) dieser Klage vor dem höchsten deutschen Gericht kostenfrei anschließen.

Träger dieser Initiative ist der überparteiliche Verein „Mehr Demokratie“. Neben der Verfassungsbeschwerde soll außerdem eine Volksbefragung über den

ESM in Deutschland erzwungen werden. Warum der ESM eine große Gefahr für Deutschland und seine Steuerzahler darstellt, legt der Verein anschaulich in diesem zweiminütigen Film dar:



Ludwigshafen: Islamkritik statt Koranverteilung



Am heutigen Samstag fand in Ludwigshafen eine Kundgebung unter dem Motto „Freiheit oder Islamisierung“ statt. Geladen hatte die Bürgerbewegung Pax Europa, unterstützt von PI-München, PI-Koblenz, PI-Rhein-Neckar und von Mitgliedern der Partei DIE FREIHEIT.

Für die Sicherheit sorgte die German Defence League, die ebenfalls mit einigen Mitstreitern vor Ort war. Waren es anfangs ca. 50 Teilnehmer, nahm die Anzahl im Verlauf der Veranstaltung rasch zu. Dies war vor allem den hochkarätigen Rednern Michael Stürzenberger und Michael Mannheimer zu verdanken, die durch fundierte Sachkenntnis zahlreiche Bürger ansprechen konnten.

Es gab natürlich auch wieder die klassischen Diskussionen mit moslemischen Passanten (siehe Video unten). Leider fand die Kundgebung auf einem weniger belebten Platz statt. Doch eines hat die Veranstaltung schon mal bewirkt. Die Salafisten, die am selben Tag in Ludwigshafen ihre Koranverteilaktion starten

wollten, bekamen zumindest für diesen Samstag keine Erlaubnis dazu. Die Sicherheitsbehörden befürchteten Auseinandersetzungen zwischen uns und den Salafisten.

[Die Rheinische Post meldet:](#)

Bei den von radikalislamischen Salafisten am Wochenende geplanten Koran-Verteilungen könnte es nach Einschätzung der Gewerkschaft der Polizei (GdP) zu Zwischenfällen kommen. „Womöglich kommt es zu Handgemengen der Salafisten mit ihren Gegnern“, sagte der GdP-Vorsitzende Bernhard Witthaut der „Neuen Osnabrücker Zeitung“. „Bei Vorkommnissen wird die Polizei sofort zur Stelle sein und einschreiten.“

...

Währenddessen wurde eine für diesen Samstag geplante Koran-Verteilaktion der radikalislamischen Salafisten in Ludwigshafen von der Stadt untersagt.

Hier noch einige Fotos:

Weitere Berichte mit den Reden von Michael Mannheimer und Michael Stürzenberger folgen in Kürze.

[Mülltrennung gegen die Apokalypse](#)

Was haben Fukushima, der Euro, die Finanzkrise und die globale Erwärmung gemeinsam? Die Vorstellung, eine aus den Fugen geratene Welt rase ihrem Ende entgegen. Was man als multiple Krisen verstehen könnte, wird immer öfter, immer nachdrücklicher als Endzeitszenarien verstanden. Ob sich der Untergang über die Ökonomie, über die Umwelt oder über die Politik Bahn bricht, ist dabei zunehmend gleichgültig. Welchen Ausgangspunkt man auch wählt – alle Wege führen in die Apokalypse... (*[Isolde Charims Essay in der heutigen taz startet feurig beim Weltuntergang und endet kläglich im Mülleimer!](#)*)



Nina Plonka vom Stürmer contra „Islam-Hasser“ Michael Mannheimer

☒ Auf dem Foto sehen Sie das „Team Investigative Recherche“ des linken STERN. Die Dame rechts heißt **Nina Plonka** und hat trotz ihres zarten Alters von 31 Jahren in den Jahren von 1923 bis 1945 bei Streicher im Stürmer als Volontärin ihr Handwerk gelernt. Von dort kam sie zum STERN, um als Hass-Journalistin Andersdenke auf üble Weise herunterzumachen, wie sie es bei ihrem Mentor Julius gelernt hat.

Vor wenigen Tagen widmete sich die auf dem Foto stierig stierende Plonka in ihrer altjüngferlichen, lila-gräulichen und aufgeknöpften Rüschenbluse dem angeblichen „Islam-Hasser“ Michael Mannheimer, und [das liest sich dann so](#):

Einer der führenden Islam-Hasser Deutschlands steht bald vor Gericht. Recht so. Dass im Internet um Spenden für seine Verteidigung gebettelt wird, ist grotesk. Michael Mannheimer kann man nur mit zwei Worten zusammenfassen: hochgradig unangenehm. Seine hasserfüllte, propagandistisch-verdrehte Sicht auf den Islam, die stierenden blauen Augen mit den winzigen Pupillen, sein wulstiger Hals unter dem haarlosen Kopf, seine aggressiven Handbewegungen, all das ruft tiefe Abneigung hervor, als zwei stern-Mitarbeiter ihn für den Artikel „Die offene Gesellschaft und ihre Feinde“ (32/2011) in einem Flughafencafé treffen.

Plonk! Sorry, liebe Leser, für die Retourkutsche an die Plonka, mußte aber sein! Wie Sie vielleicht schon richtig vermutet haben, widmet sich das „investigative“ STERN-Septett vor allem dem „Kampf gegen Rechts“, aber kein einziges Mitglied dieses hochkarätigen Sesselpupser-Teams hat jemals irgendetwas Umwerfendes herausgefunden. Alles nur Blähungen, von Jörg Haider bis zu Bushs Guantánamo. Die weitaus beste journalistische Leistung des STERN seit 1983 bleibt zweifelsohne und nach wie vor die Veröffentlichung der authentischen Hitler-Tagebücher. Strengen Sie sich an, Plonka!

Wilders: „Türkischer Humor“ von Abdullah Gül



Geert Wilders hat sich unbeeindruckt von Äußerungen des türkischen Präsidenten Abdullah Gül gezeigt, der ihn als „islamophob“ und „radikal“ bezeichnet hatte. Es wäre eben „türkischer Humor“, dass ausgerechnet der Christen-Peiniger, Kurden-Schlächter, Hamas-Freund und Islamist Gül über fehlende Toleranz klage. Laut Gül entstünde durch Wilders in ganz Europa ein radikales Klima. Er lege die Basis für ethnische religiöse Diskriminierung, so Gül.

Gül kündigte an, Wilders bei seinem für dieses Jahr geplanten Staatsbesuch in den Niederlanden nicht die Hand zur Begrüßung zu reichen. Die Türkei und Geert Wilders haben schon seit längerem wenig füreinander übrig. Wilders sagte schon vor Monaten, Gül sei bei ihm nicht willkommen ([PI berichtete](#)). Auch die Türkei beschloss im Jahr 2010, eine Delegation mit Geert Wilders nicht zu empfangen. Ein Türkischer Wortführer bezeichnete Wilders als Faschist und Rassist, der in vielen Europäischen Hauptstädten nicht gern gesehen sei.

Der Türkische Präsident sei im Klaren darüber, dass Wilders nicht im Namen der gesamten Niederländischen Regierung spreche.

(Quelle: [De Telegraaf](#) vom 14.4.2012 / Übersetzung: Günther W.)



Politkorrekter Tipp: Taki's Magazine

☒ Bei Recherchen im Internet gefunden: [Taki's Magazine](#) aus den USA. In höchstem Grade politkorrekt und zur Nachahmung empfohlen! Die Seite wird offenbar von [Taki Theodoracopulos](#) betrieben, von dem das ef-Magazin manchmal Artikel übersetzt und der auch mit Pat Buchanan zusammengearbeitet hat.

Kleine [Kostprobe gefällig?](#)

Die durchschnittliche Intelligenz der Schwarzen ist viel niedriger als die der Weißen. Die am wenigsten intelligenten zehn Prozent der Weißen haben IQs unter 81; vierzig Prozent der Schwarzen haben so niedrige IQs. Nur jeder sechste Schwarze ist intelligenter als der durchschnittliche Weiße; fünf Sechstel der Weißen sind intelligenter als der durchschnittliche Schwarze. Diese Unterschiede zeigen sich in jedem Test allgemeiner kognitiver Fähigkeiten, den irgendjemand von welcher Nationalität oder Rasse auch immer bisher entwerfen konnte.

Theodoracopulos schreibt im Impressum:

We at Taki's Magazine take our politics like we take life—lightly. We believe political labels such as conservative and liberal are as outdated as flared trousers and Nazis. Ideology is a false god, a secular religion that seeks vainly to create a paradise on Earth. Our only ideology is to be against the junk culture foisted upon us and mirages of a new world order. Think of us what you will, but read us. Our writers are never boring.

Stimmt, paßt und hat Platz für mehr!

Schwule zensieren London Transport

☒ Am liebsten schlüpfen die Schwulen in die Rolle der armen Opfer. Man sei diskriminiert, verfolgt, benachteiligt. Mitleid heischend will man immer mehr Einfluß, Geld, Subventionen und Sonderrechte. In Wirklichkeit dominieren nämlich die Schwulen längst Andersdenkende. In London zum Beispiel fahren 1000 der berühmten roten Busse seit dem 1. April mit einem Werbebanner: *Some people are gay. Get over it!* (Manche Leute sind schwul, komm drüber weg!)

Daraufhin bestellte eine uns nicht näher bekannte christliche Organisation namens Core Issues Trust ebenfalls Werbebanner bei London Transport mit der

Aufschrift *Not gay! Post-gay, ex-gay and proud. Get over it!* (Nicht schwul! Schwul war vorher, ex-schwul und stolz. Komm drüber weg!). Diese Aktion wurde [vom konservativen Bürgermeister Boris Johnson \(Foto\) jetzt gestoppt](#), der sich am 3. Mai einer Wiederwahl stellen muß. Die Aktion sei – na was denn – schwulenfeindlich.

Also bitte, was ist hier „feindlich“? Wird da geschossen? Wird da ein Schwuler an einem Baukran aufgehängt wie im moslemischen Iran? Es ist langsam unerträglich, immer was von „schwulenfeindlich“ und „homophob“ zu lesen, nur wenn jemand sagt, er sei nicht schwul. Um es kurz zu machen, dies ist eindeutig Zensur und sonst gar nichts. Man kann den vorherrschenden politikkorrekten Sermon und das Lamento der Homosexuellen-Lobby nicht mehr hören! Über den Islam jammern sie ja selten bis nie! [Die hier haben übrigens viel](#) mehr Grund zum Klagen!

Döner Kebab für die ganze Welt



Laut „Deutsch Türkische Nachrichten“ [diese Schreibweise regt auf] mag die ganze Welt Döner Kebab und türkische Küche, und dazu will nun ein Geschäftsmann nach dem Vorbild von McDonald die Welt mit einer Kette beglücken, Schritt für Schritt. Denn Döner ist nicht nur in Berlin beliebt, sondern auch in Nordamerika, Russland und China – schreibt das Blatt und noch mehr.

Die türkische Küche ist [sogar besser als die französische](#):

Selbst mit seinem Kebab, Pita und Fleischbällchen lasse die türkische Küche viele andere Länder hinter sich Es gäbe mehr Gerichte als etwa die französische oder gar die italienische Küche zu bieten hätte.

Was Nordamerika betrifft, kann man den Siegeszug des Döners nicht so richtig bestätigen. Beim letzten Besuch im Südwesten sah der Autor in Las Vegas einen, in San Francisco und Los Angeles null, im Land draußen auch null Kebab-Stützpunkte. Nur so eine Impression. Aber man muß es den Türken lassen, sie sind optimistisch, sie schauen nach vorwärts und freuen sich wie die Schneekönige über jede gute wirtschaftliche und politische Statistik. Sie wollen nach oben und sind nicht dekadent wie wir. Eine kleine Auswahl von aktuellen Schlagzeilen in den DTN:

Bangladesch will [türkische Investoren anlocken](#)!

Istanbul: [die Stadt der Milliardäre](#)!

Türkei und [China schließen Milliarden Deals](#)!

Die Deutsch Türkischen Nachrichten übersetzen diese Artikel aus Hürriyet, und so geht es dort das ganze Jahr. Jeder Erfolg wird gefeiert. Bekanntlich fühlen sich die Neo-Ottomanen schon wieder als Weltmacht. So weit wird es sicher nicht kommen, aber daß die Türkei eines Tages unsere linksgrün heruntergewirtschaftete Berliner Bananenrepublik überholt, das ist sehr wahrscheinlich. Schon heute kriecht der Deutsche vor den türkisch-islamischen Machthabern im Land.

SZ entdeckt Braunes im Biogrünen

✘ Die Süddeutsche Zeitung entdeckt sensationeller Weise die braunen Wurzeln auf grünen Biohöfen. Deutscher Honig von deutschen Bienen wird verkauft, es gibt weiße Milch, buntscheckige Kühe, knusprige Semmeln aus einheimischem Korn, schäumendes Bier aus der Nachbarschaft, gelben Käse, rote Tomaten und grünes Gras. Aber der Ökobauer ist braun oder sogar NPD. Und damit fangen die Probleme an. Wie soll der Kunde das wissen? Wie kann man ihn davon abhalten, deutschen Honig bei einem „rechten“ Biobauern zu kaufen?

Die [Süddeutsche ist schockiert](#):

Die Schweine grunzen, der Pferdestall wird aufgehübscht, die Kunden können „Deutschen Honig“ kaufen und nur gelegentlich singen Männer in Bomberjacken völkische Lieder. Und so landet neonazistisches Gedankengut, unschuldig grün verpackt, in der Mitte der Gesellschaft.

Ein brauner Bauer, den das Blatt in detektivischer Kleinarbeit entdeckt hat, sagt:

„Was ist denn an meiner Gurke anders als an der, die von einem Grünen kommt?“

Und darauf weiß auch die Süddeutsche keine Antwort. Sie kann nur jeden warnen, ein germanisches Biobrot zu kaufen. Aber wie man das auf dem Markt erkennt, weiß sie nicht.

Das eigentliche Problem der Süddeutschen liegt aber viel tiefer. Die gleichgeschalteten Blindschleichen in unserer Qualitätspresse sehen nicht, daß alle Grünen braun sind. Das ganze linksgrüne Lager mit nationalem Biobio, Energiewende, Nachhaltigkeit, CO2-Warnungen, Klimaerwärmung, Klospülung und Strom sparen, Juchtenkäfer-Anbetung, das ist nichts anderes als unser neuer Faschismus! Und alle machen mit, wie es sich für eine neofaschistische Massenbewegung gehört, und schreien Heil! Auch die Süddeutsche – ganz weit

vorn!